

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: KMV Pinneberg
Beschlussdatum: 08.10.2020
Status: Zurückgezogen

Änderungsantrag zu GSP.W-01

Von Zeile 259 bis 260 einfügen:

(133) Unser Steuersystem stellt die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sicher. Hohe Unterschiede im Steueraufkommen von Kommunen verhindern Chancengerechtigkeit und die Bereitstellung essentieller Infrastruktur. Es braucht ein gerechtes Steuersystem, das verständlich und effizient ist. Das ist Grundlage für

Begründung

Finanz- und Steuerpolitik sind der Schlüssel jeder verantwortlichen Politik, die auf Chancengerechtigkeit setzt und Menschen, egal ob Alt oder Jung, arm oder reich, mit Migrationshintergrund oder ohne in ihren Lebenswelten fördert. Die Aufgaben der Kommunen im Bereich Bildung und Soziale Vorsorge, Mobilität, ÖPNV und Teilhabe sind essentiell für eine gerechte und starke Gesellschaft und Wirtschaft. Durch den Gewerbesteuer und Einkommenssteuer- Verteilungsmechanismus werden einige Regionen und Gemeinden und ihre Bewohner*innen jedoch abgehängt. Den Kommunen fehlen planungssichere Einnahmen, was den Investitionsstau immer weiter treibt. Es beginnt eine Abwärtsspirale. Gewerbe zentralisiert sich oder verlängert Standorte, immer weniger Gemeinden haben so Anteil an der Wertschöpfung, die gleichwohl bei ihnen vor Ort geleistet wird. Denn zur Wahrheit gehört auch, dass viele Arbeitnehmer*innen mit hohen Einkommen in Gemeinden leben, wovon Kommunen kaum profitieren. Mit zunehmend globalen und digitalen Unternehmen sinkt die gleichmäßige Verteilung von Gewerbesteuern jetzt schon rapide. Hier muss mit intelligenten grünen Lösungen und neuen Mechanismen gegengesteuert werden.